

Neulengbach,
im Oktober 2008

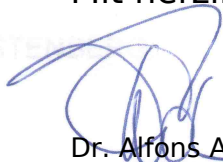
Liebe Mitglieder und Freunde!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Sicher haben Sie in Erinnerung, daß die aus unserem Verein heraus entstandene Partei *DIE CHRISTEN* bei der Nationalratswahl 2008 in ganz Österreich angetreten ist. Und ich als deren Spitzenkandidat fungiert habe. Es war nicht damit zu rechnen, daß man beim ersten Antreten zu einer solchen Wahl in dem Sinne mit einem Wahlerfolg rechnen kann, daß man tatsächlich Mandate erhält. Ein etwas besseres Ergebnis habe ich mir persönlich schon erwartet, aber immerhin hat diese Teilnahme an der Wahl den Bekanntheitsgrad gesteigert, das Thema Lebensschutz in die Diskussion gebracht und außerdem bewirkt, daß wir jetzt unsere Hoffungsgebiete quer durch Österreich kennen.

Ich habe immer gesagt, daß der Weg über eine politische Partei von mir deshalb initiiert wurde, weil ich das Totschweigen der uns besonders am Herzen liegenden gesellschaftlichen Probleme durchbrechen wollte. Die Funktion als Spitzenkandidat hat mir nun die Gelegenheit geboten, die Dinge beim Namen zu nennen und erstmals seit vielen Jahren unüberhörbar zu machen, daß es Gegner der Fristenlösung überhaupt noch gibt.

Ich habe viele Wahlkampfveranstaltungen bestritten, quer durch ganz Österreich. Dabei konnte ich die Erfahrung machen, daß meine Zuhörer bei unseren sogenannten Schwerpunktthemen Ehe & Familie und Lebensschutz besonders aufmerksam waren und viele hochmotiviert nach Hause gegangen sind. Ich kann Ihnen hier nicht die Stimmung vermitteln, die dabei mehrere Male in vollen bis übervollen Veranstaltungsräumen herrschte, aber ich will versuchen, einen inhaltlichen Überblick über diese von mir behandelten Wahlkampfthemen zu geben. Die Stimmung kann ich auch deshalb nicht vermitteln, weil die von mir regelmäßig praktizierte Auflockerung meiner Ausführungen durch aus dem Leben gegriffene Erzählungen bei einer schriftlichen Darstellung schwer möglich ist. Ich möchte Ihnen aber vermitteln, daß es in unserem Lande genügend Mitbürger gibt, die für unsere Anliegen empfänglich sind, wenn wir sie nur erreichen könnten. So hatte ich eine solche Informationsveranstaltung auch noch nach der Wahl und dabei großes Interesse gefunden, allerdings auch feststellen müssen, daß es für uns ansprechbare Wähler gegeben hätte, die wir vor der Wahl ganz einfach nicht erreicht hatten. Hier ist also noch ein weites Betätigungsfeld. Und vielleicht kann ich den einen oder anderen Leser von Pro Vita zur Mitarbeit anregen.

Mit herzlichen Grüßen



Dr. Alfons Adam

(Bundesobmann)

Nationalratswahl 2008

Der Inhalt des CHRISTEN-Wahlkampfes (1. Teil)

von Dr. Alfons Adam

Daß sich DIE CHRISTEN als Partei konstituiert haben, gründet in der Erfahrung von Jahrzehnten und auf dem Umstand, daß es seit vielen Jahren nicht mehr möglich ist, die Probleme anzusprechen, die den Menschen direkt angehen, wie Leben, Familie, Erziehung und Religion. Was der christliche Glaube dazu zu sagen hat, ist ganz einfach kein Thema mehr. Ein Schlüsselerlebnis zu diesem Totschweigen gab es im Jahr 1980, als ein damals gegründeter Lebensschutz-Verein eine große Demonstration auf der Wiener Ringstraße mit etwa 8.000 Teilnehmern organisieren konnte. Bis mittags wurde noch in den Nachrichtensendungen des Rundfunks davon berichtet mit dem Hinweis, daß die Innenstadt von Autofahrern gemieden werden sollte, ab 13.00 Uhr war die Berichterstattung wie abgeschnitten. Es gab keine Erwähnung in den Nachrichtensendungen des Fernsehens und die Zeitungen des nächsten Tages haben entweder gar nicht oder völlig falsch berichtet, auch die sogenannten konservativen oder christlichen. Was immer in den Jahren seither geschehen ist an Aktivitäten von Vereinen, an wissenschaftlichen Symposien, an Publikationen, es wurde in der Öffentlichkeit weitgehend totgeschwiegen. Als im Jahr 2005 der Verein „Jugend für das Leben“ eine Kundgebung in Linz organisierte, die unter den heutigen Gegebenheiten wesentlich besser vorbereitet werden konnte als die im Jahr 1980, kamen zu dieser Kundgebung, zu der alle österreichweit bekannten Lebensschützer eingeladen hatten, etwa 400 Teilnehmer. Das Totschweigen hatte also den beabsichtigten Effekt. Demonstrationen, die in den Medien nicht vorkommen, haben keine Wirkung. Das vertretene Anliegen läuft sich tot. Die Initiative zur Parteigründung wurde also gesetzt, damit die Wahrheit über den Menschen, wie sie aus dem christlichen Glauben zu verstehen ist, in der Öffentlichkeit wieder ein Thema wird.

Der Parteiname DIE CHRISTEN gründet auf drei Überlegungen. Zum ersten soll damit ein Bekenntnis abgegeben werden. („Wer sich vor den Menschen zu mir bekennt, zu dem werde auch ich

mich bekennen vor meinem himmlischen Vater“). Dann soll der Parteiname auch zum Ausdruck bringen, daß das Programm auf dem christlichen Glauben beruht. Auf unserem „Produkt“ soll außen drauf stehen, was tatsächlich drinnen ist. Ganz wichtig ist dieser Hinweis auf den christlichen Charakter, wenn uns entgegengehalten wird, wir seien unbarmherzig oder lieblos etwa gegen Homosexuelle oder gegen Abtreiber oder gegen Menschen, die sich ein Kind wünschen und das nur durch künstliche Befruchtung bewirken können. Und als drittes soll der Parteiname besonders Mitarbeiter und Funktionäre in die Pflicht nehmen, durch eine Lebensführung aus dem christlichen Glauben eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Bekanntlich fehlen ja in unserer derzeitigen Gesellschaft vor allem Vorbilder für die Jugend.

Aus politisch-taktischen Gründen darf der Parteiname aber schon ein wenig provokant sein und zeigen, daß es auch in der neuheidnischen Spaßgesellschaft noch „Christen“ gibt. Wenn der Vorwurf erhoben wurde, der Name sei vereinnahmend oder ausgrenzend, dann ist dem folgendes entgegen zu halten: Es gibt keinen Parteinamen, der nicht vereinnahmend klingt. Gehört etwa jemand, der nicht Mitglied oder Wähler der österreichischen Volkspartei ist, nicht zum österreichischen Volk? Oder ist jemand, der nicht SPÖ wählt, schon deshalb unsozial? Sind es nur die „Grünen“, die sich für Umweltschutz interessieren? Alle diese Fragen könnte man aber, wenn man lediglich den Namen dieser Parteien betrachtet, mit ja beantworten. Und darin liegt auch wie bei uns – wenn man so will – eine Vereinnahmung. Ausgrenzend soll der Name sein, weil damit die Christen in den anderen Parteien nicht berücksichtigt würden oder ihnen das Christsein abgesprochen würde. Es mag schon sein, daß es Christen auch in den anderen Parteien gibt, leider merkt man davon seit Jahrzehnten nichts in der praktischen Politik. Doch einem Politiker, der für die Homo-Ehe eintritt, wie dies alle führenden Politiker der ÖVP tun, muß man einfach das Christsein absprechen.

Im Rahmen unseres Schwerpunktthemas Ehe und Familie ist eine konkrete Forderung anzusprechen, nämlich die nach einem so genannten **Müttergehalt**. Diese Forderung ist auch Gegenstand eines Kinder- und Familienvolksbegehrens, welches sich im Einleitungsstadium befindet. Das Müttergehalt, dessen Einzelheiten und Finanzierungsmöglichkeiten in der

Wahlbroschüre ausführlich dargestellt wurden, soll ein Entgelt für die Erziehungsarbeit der Mütter sein, gestaffelt nach dem Alter des Kindes und in Anlehnung an das Pflegegeldgesetz. Nicht nur alte, kranke und behinderte Menschen sind unter Umständen rund um die Uhr pflegebedürftig sondern jedenfalls auch Babies. Auf dieser Überlegung gründet die Forderung nach einem Müttergehalt, welches mit der Geburt eines Kindes fällig werden und in der höchsten Stufe EUR 1.562,-- brutto monatlich betragen soll. Im Zusammenhang damit steht aber auch die Forderung nach Erhöhung des Familiengeldes (Kinderbeihilfe) auf jene Sätze, die die Gerichte im Unterhaltsverfahren als Regelbedarf zusprechen. Weiters wird von uns im Steuerrecht ein Familiensplitting gefordert. Das Einkommen der Familienmitglieder soll also zusammengezählt, durch die Anzahl der Familienangehörigen dividiert und dann einzeln als Steuerbemessungsgrundlage herangezogen werden. Dieses Splitting würde Mehrkindfamilien gewaltig steuerlich entlasten. Mit der Forderung nach einem „Müttergehalt“ soll aber auch ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel herbeigeführt werden in dem Sinn, daß der Beruf der Mutter und Hausfrau als das gesellschaftlich anerkannt wird, was er tatsächlich ist, nämlich einer der wichtigsten Berufe in einem Volk. Die gesellschaftliche Ächtung dieses Berufes der Mutter und Hausfrau soll beseitigt werden. Wir müssen aufhören, unseren jungen Mädchen beizubringen, es wäre das Blödeste was sie tun könnten, sich für Familie und Kinder zu entscheiden. Insgesamt wollen wir weg von dieser seichten Politik, die die grundlegendsten Probleme unserer Gesellschaft nicht berücksichtigt. Deshalb haben wir die so genannten vier Schwerpunktthemen formuliert.

Eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges ist es, die Zukunft eines Volkes zu sichern. Niemand kann die Richtigkeit dieses Satzes bestreiten, daß ein Volk ohne Kinder keine Zukunft hat. Es gibt Unterlagen dafür, daß führende Politiker und Wirtschaftsfachleute in ganz Europa sehr wohl wissen, daß der Kindermangel nicht nur die Pensionen gefährdet, wie das vor einigen Jahren bereits diskutiert worden ist, sondern daß durch das Fehlen von Kindern unser gesamtes Wirtschafts- und Sozialsystem, ja unsere gesamte Kultur und Zivilisation in Gefahr ist. Selbstverständlich ist es daher auch eine Zielrichtung des initiierten Müttergehaltes, daß unser Volk wieder Kinder hat, und zwar viele Kinder. Dabei muß einem

bewusst sein, daß mit Geld allein dieses Ziel nicht zu erreichen ist, daß darüber hinaus eine Änderung der Einstellung zum Kind und eine Änderung der Lebensweise der Gesellschaft überhaupt notwendig ist. Es würde nämlich nicht genügen, wieder viele Kinder zu haben. Es muß auch gewährleistet sein, daß diese Kinder an Leib und Seele gesund heranwachsen können. Und das können sie nur in guten Ehen und intakten Familien. Wenn wir hier eine Diagnose stellen, die ja notwendig ist, um eine Heilung einzuleiten, dann sehen wir, daß die heutige Situation verheerend ist. Österreichweit wird jede zweite Ehe geschieden, in Wien werden von drei Ehen zwei geschieden. Die Scheidungen hinterlassen an sich Wunden, besonders aber bei den Scheidungswaisen. Komatrinken und Drogensucht schon unter Volksschulkindern, Ausufern der Aggressivität in den Schulen sind weitere Symptome einer kranken Gesellschaft. Und da tun unsere Politiker und Medienleute so, als ob es sich um eine Naturkatastrophe handle. Dabei ist diese schlimme Lage hausgemacht. Da ist einmal die Abtreibungsgesellschaft. Es ist keine Frage, daß es noch immer ein Tabu darstellt, einen Menschen zu töten. Wenn also in der innigsten menschlichen Gemeinschaft, in der Familie, eine Abtreibung vorkommt, dann hinterläßt das eine Wunde nicht nur bei der Frau, sondern auch bei den anderen Familienmitgliedern. Hier kann man durchaus auch an eine geistliche Dimension denken. Man hat sozusagen den „Mörder von Anbeginn“, also Satan, in der engsten menschlichen Gemeinschaft wirken lassen, und nun bleibt er präsent.

Wir Christen hätten ein Lebenskonzept zur Gesundung von Ehen und Familien. Wir getrauen uns aber das nicht einmal mehr öffentlich auszusprechen. Dieses Konzept ist zwar nicht rechtlich und politisch zu fassen, könnte aber in unsere Schwerpunktthemen Erziehung und Bildung und Kultur als Empfehlung einfließen. Es sind zwei Sätze aus der Heiligen Schrift, die die christliche Nächstenliebe näher beschreiben und daher besonders für die engste menschliche Gemeinschaft, also für Ehe und Familie, bedeutsam sind. Es sind die Empfehlungen, einer solle des anderen Last tragen und Christen sollten einander in der Liebe zuvorkommen. Mit solchen Lebensprinzipien wäre uns allen sehr geholfen. Die Politik kann aber sehr wohl direkt eingreifen, wenn es um Fragen der Erziehung und Kultur geht. Der in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts eingeführte schulische Sexualkundeunterricht ist

schlicht verfehlt. Schon Sigmund Freud, ganz sicher kein gläubiger Christ, sagte, daß Kinder aggressiv werden, wenn man sie zu früh mit Sexualität konfrontiert. Dieser Sexualekundeunterricht ist inhaltlich nichts anderes als eine Verführung von Kindern und Jugendlichen zu Unzucht und sexueller Ausschweifung. Das läßt sich anhand vieler praktischer Beispiele nachweisen. In jüngerer Zeit gibt es dann noch Broschüren von Ministerien und staatlichen Beratungsstellen, häufig pornographischen Inhalts, die Kindern und Jugendlichen vermitteln, daß „Liebe“ nur sexuelle Betätigung ist, daß „Verantwortung“ bedeutet, eine Schwangerschaft zu verhindern und die Ansteckung mit sexuellen Krankheiten. Und schließlich wird noch die Abtreibung empfohlen. Begriffe wie Treue, Opferbereitschaft, Enthaltensamkeit, Liebe im echten Sinn des Wortes kommen nie vor. In Oberösterreich und Niederösterreich gibt es sogenannte Lovetour-Programme. Es fahren Busse vor die Schulen, die die Kinder einfangen und im aufgezeigten Sinn beeinflussen. Was sie im schulischen Sexualekundeunterricht noch nicht gelernt haben (weil dort ja zumindest theoretisch noch ein Mitspracherecht der Eltern besteht), das lernen nun 12- bis 16-jährige in diesem mit öffentlichen Geldern finanzierten Programmen. Derart verführte und verdorbene Kinder und Jugendliche können nicht zu jungen Menschen heranwachsen, die bindungsfähig sind, gute Ehen führen und Familien gründen. Es ist buchstäblich ein Teufelskreis. Wir versinken immer tiefer in einem moralischen Morast. Deshalb sagen wir: Sexualeaufklärung gehört ins Elternhaus, weil nur die Eltern wirklich wissen, wann ihr Kind dafür reif ist und wie sie diese Aufgabe am besten erfüllen. Sollte letzteres nicht der Fall sein, weil ja immer wieder behauptet wird, die Eltern seien damit überfordert, dann muß man sich eben Gedanken darüber machen, wie man die Eltern dazu fähig macht.

Die Zerstörung von Ehe und Familie wird also bewußt herbeigeführt. Wenn unsere Politiker das Wort Familienpolitik in den Mund nehmen, ist es immer eine gefährliche Drohung. Sie sagen immer, man müsse das Familienrecht den geänderten Verhältnissen anpassen. Diese „geänderten Verhältnisse“, nämlich den moralischen Verfall, hat man durch schulische Sexualeziehung und Förderung von Schweinereien im Kulturbetrieb (Stichwort Hermann Nitsch) bewusst herbeigeführt. Nun nimmt man diesen moralischen Tiefstand

zum Anlass, Recht und Gesetz diesen „Verhältnissen“ anzupassen. Das bedeutet, daß wir auch auf diese Weise in immer Schlimmeres hineingeraten. Doch das ist noch nicht alles, was vom Staat und von der Politik her zur Zerstörung unseres Volkes geleistet wird. **Aktuell ist die größte Gefahr das Gender-Mainstreaming.** Viele haben diesen Begriff überhaupt noch nicht gehört. Und diejenigen, die ihn kennen, halten diese Sache für eine Maßnahme zur Gleichstellung der Geschlechter im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, also etwa durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit und in der sprachlichen Gestaltung, nämlich das Innen-„Innen“. Als politisch korrekter Mensch hat man zur Kenntnis zu nehmen, daß es jetzt keine Mörder mehr gibt, sondern nur mehr „MörderInnen“. Aber die Sache ist viel ernster. „Gender“ bedeutet etwa ähnliches wie „Sex“. Im Wort „Mainstreaming“ steckt so etwas wie „Hauptstrom“. Inhaltlich geht es darum, daß das biologische Geschlecht keine Bedeutung mehr haben soll. Geschlecht soll in Zukunft ein soziologischer Begriff sein. Lebensformen wie heterosexuell, homosexuell, bi- oder transsexuell sollen als gleichwertig angesehen werden. Ob jemand Mann oder Frau ist, ist also nicht von Geburt her bestimmt, sondern durch die Erziehung, so daß diese Rollen auch beliebig getauscht werden können. Nachdem man Erwachsenen schwer beibringen kann, daß es Mann und Frau nicht gebe, soll die Umerziehung bei Kindern einsetzen, und zwar bei Kleinstkindern. Es besteht der begründete Verdacht, daß die Förderung von Kinderkrippen zumindest einen wichtigen Grund darin hat, daß diese Umerziehung durchgeführt werden kann. Auch dem verpflichtenden Vorschuljahr dürfte dieser Gedankengang zugrunde liegen. Wir müssen uns nun vor Augen halten, was das im religiösen Bereich bedeutet. Eine solche Umerziehung richtet sich gegen die Schöpfungsordnung, wonach Gott den Menschen als Mann und Frau geschaffen hat. Und sie richtet sich damit gegen das christliche Bild von Ehe und Familie und das christliche Menschenbild überhaupt. Kleinstkinder sollen zu Unzucht und sexueller Ausschweifung erzogen werden. Und damit soll der christliche Glaube an der Wurzel ausgerottet werden.

Mit vielen Entschuldigungen habe ich es immer für notwendig gehalten, den Leuten praktisch vorzuführen, wie diese Indoktrinierung (Umerziehung) von Kleinstkindern aussehen könnte. Es ist nämlich so, daß es bei den perfektionistischen

Deutschen bereits eine Maßnahme gegeben hat, die nur unter medialem Druck und sicher nur vorläufig zurückgezogen worden ist. Wie Gabriele Kuby aufgezeigt hat, hat eine staatliche Stelle der Bundesrepublik Deutschland, nämlich die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, eine Abteilung des Familienministeriums, einen „Ratgeber für Eltern zur kindlichen Sexualerziehung vom 1. bis zum 3. Lebensjahr“ herausgebracht. Darin werden Mütter und Väter aufgefordert, „das Notwendige mit dem Angenehmen zu verbinden, indem das Kind beim Saubermachen gekitzelt, gestreichelt, liebkost, an den verschiedensten Stellen geküsst wird.“ „Scheide und vor allem Klitoris erfahren kaum Beachtung durch Benennung und zärtliche Berührung (weder seitens des Vaters noch der Mutter) und erschweren es damit für das Mädchen, Stolz auf seine Geschlechtlichkeit zu entwickeln.“ Kindliche Erkundungen der Genitalien Erwachsener können „manchmal Erregungsgefühle bei den Erwachsenen auslösen“. „Es ist ein Zeichen der gesunden Entwicklung ihres Kindes, wenn es die Möglichkeit, sich selbst Lust und Befriedigung zu verschaffen, ausgiebig nutzt.“ Wenn Mädchen „dabei eher Gegenstände zur Hilfe nehmen“, dann soll man das nicht „als Vorwand benutzen, um die Masturbation zu verhindern.“ Objekt dieser Anweisungen sind also Kinder im Alter zwischen 1 und 3 Jahren. Diese Art von Erziehung wird fortgesetzt, indem 9-jährige Kinder in der Schule üben, Kondome über Plastikpenisse zu ziehen, um sich so für den „Kondomführerschein“ zu qualifizieren. Ab 10 Jahren setzen in den Schulen die Werbe- und Schulungsmaßnahmen zur Homosexualität ein.

Es ist daher nicht übertrieben, wenn Gabriele Kuby formuliert, daß es in Zukunft statt Ehe und Familie Promiskuität, Homosexualität, Inzest (Blutschande) und Pädophilie (Kindesmissbrauch) geben soll. Wenn es nach unseren Politikern geht, soll das die Welt unserer Kinder sein. Wenn man nämlich die rechtliche und politische Seite der Angelegenheit betrachtet, dann muß man wissen, daß das Gender-Mainstreaming in einer EU-Richtlinie als Leitprinzip der Politik vorgeschrieben ist. Und eine solche Richtlinie steht über der österreichischen Verfassung, sie ist also absolut rechtlich verbindlich. Demgemäß ist dieses Gender-Mainstreaming auch ein Leitprinzip unserer Politik. Es gibt Gender-Beauftragte in allen Ministerien und in Schulen. Es gibt Lehrstühle an den Universitäten, die nur den Zweck haben, diesen Unsinn mit

geschwollenen Worten gesellschaftsfähig zu machen. Und das mit unser aller Steuergeld. In Österreich rechtlich umgesetzt wurde die von der EU vorgeschriebene Maßnahme durch die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel durch mehrere Ministerratsbeschlüsse. Die vorgesehene Förderung der Homosexualität durch Einführung einer „eingetragenen Partnerschaft“ ist auch eine Maßnahme dieses politischen Leitprinzips. Alles zielt auf die Zerstörung von Ehe und Familie ab, auf die Ausrottung des christlichen Glaubens und auf die Verführung von Kindern und Jugendlichen zu Unzucht und sexueller Ausschweifung. Es wird nicht mehr lange möglich sein, die Dinge beim Namen zu nennen. Antidiskriminierungsgesetze und vielleicht auch der europäische Haftbefehl machen es möglich, gläubige Christen, die die Heilige Schrift zur Homosexualität zitieren, strafgerichtlich zu verfolgen und vielleicht auch in fremde Länder zu deportieren.

Weil es selbstverständlich Mann und Frau immer gegeben hat und weiterhin geben wird, weil Biologen, Soziologen, Psychologen und Gehirnforscher wissen, daß fundamentale Unterschiede zwischen Mann und Frau bestehen, ist diese Gender-Lehre eine Ideologie fernab jeder Wirklichkeit. **Weil diese Gender-Lehre zwingend als eine Art religiöser Glaube vom Staat oder der EU vorgeschrieben wird, handelt es sich um eine Art Staatsreligion, die natürlich den Begriff „Religion“ nicht verdient.** Es handelt sich in Wahrheit um eine staatlich verordnete Pseudo-Religion, die man wohl treffender als „After“-Religion bezeichnen muß. Wenn man uns „Christen“ sagt, wir wären darauf aus, Kirche und Staat wieder zu vereinen bzw. gegen die Trennung von Kirche und Staat zu sein, dann sollte man sich eher für Inhalt und Auswirkungen der Gender-Lehre interessieren. Denn da geht es wirklich um die Verbindung von Staat und (After-) Religion. Man könnte sogar sagen, daß wir Christen die Aufklärung retten müssen, wenn diese bedeutet, daß Wirklichkeiten, die sich aus wissenschaftlichen Erkenntnissen ableiten, auch anerkannt werden. Dieser gefährlichste Angriff auf die Schöpfungsordnung, auf Ehe und Familie im christlichen Sinn, auf den christlichen Glauben überhaupt, wird von allen politischen Parteien getragen. Wie gesagt erfolgte die rechtliche Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie während der Zeit der ÖVP-FPÖ-Regierung. Ganz klar ist auch, daß hier das

Sprichwort gilt: „Wer schweigt, stimmt zu!“ Politiker gleichgültig welcher Partei und andere führende Persönlichkeiten in unserem Land hätten längst die Möglichkeit gehabt, die Mitbürger über diese Gender-Lehre aufzuklären, wenn irgendein Interesse daran bestünde. Und so muß man wohl das Gegenteil annehmen, nämlich daß diese Ideologie schleichend wirksam werden soll, daß durch beinahe verheimlichte Maßnahmen ein Zustand der Gesellschaft erreicht werden soll, bei dem es dann kein Zurück mehr gibt.

Wie weit wir auf diesem Weg bereits fortgeschritten sind, zeigt folgender Vorfall: Bei einer Sitzung des österreichischen Nationalrates am 6. Juni 2008 verwendete der seinerzeitige FPÖ-Abgeordnete Klement den Ausdruck „Gender-Wahnsinn“ und erhielt prompt von der amtsführenden dritten Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig einen Ordnungsruf. Als er sich davon nicht beeindruckt ließ und diesen Ausdruck noch einmal verwendete, gab es einen weiteren Ordnungsruf (Bemerkenswert ist, daß Klement bald darauf von der FPÖ aus der Partei ausgeschlossen wurde. Und wie man hört war Grund hierfür auch seine Einstellung zu Ehe und Familie und zum Problem der Homosexualität. Daraus läßt sich unschwer ableiten, wo die FPÖ wirklich gesellschaftspolitisch steht.). Nach dieser Wortmeldung des Abgeordneten Klement trat dann – so wurde berichtet – die prominente ÖVP-Abgeordnete Rauch-Kallat ans Mikrofon und sprach davon, daß Klement in die Psychiatrie gehöre. Aus diesem Vorfall läßt sich zum ersten ableiten, was Politikerinnen wie Eva Glawischnig und Maria Rauch-Kallat von der Freiheit der Meinungsäußerung halten. Bemerkenswert ist außerdem der Gleichklang der Grünen Glawischnig und der der angeblich christlichen ÖVP angehörenden Rauch-Kallat. Glawischnig hatte überdies nicht die geringste Scheu, die Geschäftsordnung des Nationalrates zu missbrauchen. Es kann nämlich nicht sein, daß allein wegen einer polemischen Formulierung, die niemanden persönlich angreift, ein Ordnungsruf gerechtfertigt war.

Die Mitarbeiter der CHRISTEN, die aus der Reformation kommen, sind für ihren Kampf gegen Gender-Mainstreaming und damit gegen Homosexualität durch klare Aussagen der Heiligen Schrift motiviert. Für Katholiken – und insbesondere für katholische Politiker – müßten darüber hinaus, wenn der Glaube nicht nur eine Tarnung oder Heuchelei vor Wahlen sein soll,

zwei päpstliche Lehrschriften sehr wichtig sein und Beachtung finden. Beide Lehrschriften sehr unterfertigt von dem damaligen Präfekten der Kongregation für die Glaubenslehre Joseph Kardinal Ratzinger. Das Lehrschrift vom 24. November 2002 handelt nach der Überschrift vom Verhalten der Katholiken im politischen Leben und nimmt die katholischen Laien in die Pflicht, „sich jedem Gesetz zu widersetzen, das ein Angriff auf das menschliche Leben ist“. Es ist von grundlegenden, unaufgebbaren ethischen Forderungen die Rede, die besonders von den zivilen Gesetzen im Bereich der Abtreibung und der Euthanasie beachtet werden müssen. Weiter:

„In analoger Weise muß der Schutz und die Förderung der Familie gewährleistet werden, die auf der monogamen Ehe zwischen Personen verschiedenen Geschlechts gründet und die in ihrer Einheit und Stabilität gegenüber den modernen Gesetzen über die Ehescheidung zu schützen ist. Andere Formen des Zusammenlebens können der Familie in keiner Weise rechtlich gleichgestellt werden noch als solche eine gesetzliche Anerkennung erhalten.“

Im Lehrschrift vom 3. Juni 2003 betreffend die rechtliche Anerkennung der Lebensgemeinschaften zwischen homosexuellen Personen werden die katholischen Parlamentarier verpflichtet, klar und öffentlich ihren Widerspruch zu äußern und gegen einen solchen Gesetzentwurf zu votieren. Wörtlich heißt es in der Schlussfolgerung: „Die rechtliche Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften oder deren Gleichsetzung mit der Ehe würde bedeuten, nicht nur ein abwegiges Verhalten zu billigen und zu einem Modell in der gegenwärtigen Gesellschaft zu machen, sondern auch grundlegende Werte zu verdunkeln, die zum gemeinsamen Erbe der Menschheit gehören.“ (Wird fortgesetzt.)

Die verhütete Zukunft

Das ist der Titel eines Buches, welches der französische Historiker **Pierre Chaunu** im Jahr **1979** veröffentlicht hat. Der folgende Text hat nichts an seiner Aktualität und aufrüttelnden Wirkung verloren:

„Seit 20 Jahren läuft alles jederzeit und überall nach demselben schizophrenen Plan. Um der als Missetat und Geisel der Menschheit abgekanzelten Abtreibung einen Riegel vorzuschieben, verbessert man das Angebot empfängnisverhütender Techniken, öffnet den freien Zugang zur vollen Information und verabfolgt in der Schule Sexualunterricht. Sobald nun die verstärkte Empfängnisverhütung unter dem Vorwand durchgesetzt ist, man wolle damit die Geisel der heimlichen Abtreibung beseitigen, ertönt sofort der Ruf nach dem Recht auf Abtreibung. Binnen weniger Tage schlägt der vorherige Diskurs ins völlige Gegenteil um.

Plötzlich ist die Abtreibung keine Missetat mehr, ist nicht mehr die Zerstörung eines Lebens, das sich noch gar nicht entfalten konnte, ist nicht mehr sie verbrecherisch, sondern das Übel liegt in der Heimlichkeit. Das Schicksal des Kindes ist Nebensache. Wer wollte sich auch darum scheren?

So lange das Massaker in klinischem Rahmen unter Aufsicht der Ärzte stattfindet, die den Eid des Hippokrates brechen, ist alles noch in bester Ordnung.

Und genauso gelangt man von der Abtreibung zur Sterilisierung. Die hormonale Empfängnisverhütung oder das Intrauterinpeccar sind nicht ein ganzes Leben erträglich, man kann auch nicht unbegrenzt abtreiben ohne Schaden für Gesundheit und Leben. Bleibt also die Sterilisierung von 40 Millionen (Frauen) binnen fünf Jahren, die den Organismus viel tiefgreifender zerstört und schnell jede Sexualappetenz beseitigt. Der Kreis der Zerstörung schließt sich.

Indessen stellt die Abtreibung das Kernstück des ganzen Unternehmens dar ... Und die Sterilisierung bildet das Schlussstück des Unternehmens. Den Wendepunkt bildet die Legalisierung der Abtreibung, des totalen Mords, des Kindermords mit langem Vorbedacht, der absoluten Ausrottung eines Wesens, das sich weder wehren noch äußern kann. Ist man einmal durch diese Türe gegangen, sind alle Brücken zur Vergangenheit abgebrochen, kann es weder Recht noch Gerechtigkeit geben.“